

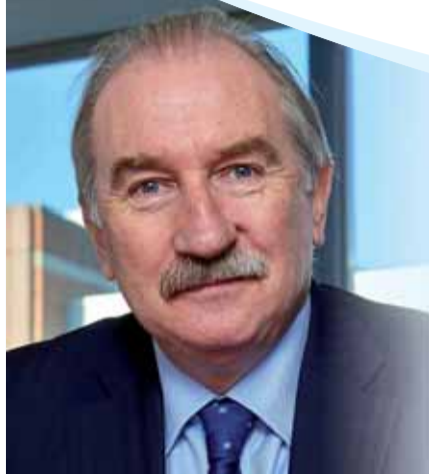


EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft
Februar 2016 | DE

LEITARTIKEL

Tod, Steuern und Haushalt



Einem alten Sprichwort zufolge gibt es im Leben nur zwei Gewissheiten – Tod und Steuern. Zuweilen könnte man auch sagen, dass es noch eine dritte Gewissheit gibt – Haushaltspläne. In den letzten fünf Jahren war der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seinen Haushaltsanträgen sehr bescheiden. Der nominale Anstieg lag nur bei gut 1%, was einem realen Rückgang von rund 5% entspricht. Angesichts des Finanzklimas der letzten Jahre in Europa versteht es sich von selbst, dass auch die EU-Institutionen ihre Gürtel enger schnallen, wie es zahlreiche nationale Behörden bereits tun mussten. Allerdings waren Einsparungen im EWSA nicht leicht zu bewerkstelligen. So wurde z.B. ziemlich am Personalbestand gekürzt, was nicht ohne Auswirkungen auf das Arbeitsumfeld der Mitglieder blieb.

An einen Aspekt sollten wir sicherlich denken, wenn es um gesunde Finanzen geht: die weitreichende praxisbezogene Zusammenarbeit zwischen dem EWSA und dem Ausschuss der Regionen. Die beiden Ausschüsse teilen sich ihre Dienste in den Bereichen Übersetzung und Logistik (Gebäude, IT, Sicherheit etc.) und finanzieren gemeinsam den Großteil der Arbeit in diesen Bereichen mit rund 40 Millionen Euro jährlich nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel. Ausgenommen sind Personalkosten, weil alle Bediensteten entweder bei dem einen oder dem anderen Ausschuss beschäftigt sind. Dies bringt mehrere klare Vorteile hinsichtlich des Haushalts (Skaleneffekte) und der Qualität des Endprodukts mit sich: so steht z.B. beiden Ausschüssen durch die Bündelung der Übersetzungsressourcen ein breiteres Spektrum an Sprachkenntnissen zur Verfügung.

Eine neue Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen beiden Ausschüssen trat am 1. Januar d.J. für vier Jahre in Kraft. Dadurch wird nicht nur ein tragfähiger Rahmen für die Fortsetzung dieser hervorragenden Zusammenarbeit geschaffen, sondern sie bietet auch die Möglichkeit zu einer noch besseren Nutzung öffentlicher Gelder.

Die Ausschüsse bleiben ungeachtet dieser Vereinbarung über die Zusammenarbeit politisch unabhängig. Sie haben jeweils ihre eigene institutionelle Funktion und eine eigene politische Identität. Dies ist ein gutes Beispiel interinstitutioneller Zusammenarbeit. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit lässt uns alle auf der Gewinnerseite stehen – und verlangt lediglich ein wenig guten Willen und gesunden Menschenverstand. Ein gutes neues Jahr!

Michael Smyth,
Vizepräsident des EWSA, zuständig für Haushalt

BITTE VORMERKEN

16./17. März 2016 /
EWSA, Brüssel:
EWSA-Plenartagung

IN DIESER AUSGABE

2 Verantwortungsvolle
Forschung und Innovation –
Zusammenarbeit
von Wissenschaft
und Zivilgesellschaft

3 Abschluss der Reihe von elf
Informationsreisen des EWSA
in die Mitgliedstaaten für einen
Überblick über den Umgang
mit der Flüchtlings-
und Migrationskrise

4 Kreislaufwirtschaft
in die Tat umsetzen

Das tunesische Quartett / EWSA: unsere Partnerschaft ist wichtiger denn je

Fünf Jahre nach der Jasminrevolution, die zum Sturz des autoritären Regimes und seines Präsidenten führte, legten die Vertreter des „tunesischen Quartetts“ auf der EWSA-Plenartagung ihre Analyse der aktuellen Lage im Land vor. Tunesien sticht in vielerlei Hinsicht hervor: Es hat eine einzigartige Weise der Regierungsführung, die auf den dynamischen Kräften der Zivilgesellschaft beruht, es ist ein Muster an Frieden in einer durch Gewalt und Bürgerkrieg zerrütteten Region, und es steht vor einer wirtschaftlichen Herausforderung insofern, als Arbeitsplätze für die vielen jungen Leute im Land gefunden werden müssen.

EWSA-Präsident **Georges Dassis** erklärte: „Wir, die Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft, wollen heute nicht nur Ihren Erfolg in einer Region würdigen, die unruhige Zeiten durchlebt, sondern Ihre Errungenschaften auch als Inspiration für unsere Arbeit sehen und Sie in Ihren laufenden und künftigen Tätigkeiten unterstützen; so wie wir alle zivilgesellschaftlichen Akteure in anderen Ländern der Region unterstützen



Georges Dassis, EWSA-Präsident mit Slim Ghorbel, Vorstandsmitglied des tunesischen Verbands der Industrie, des Handels und des Handwerks (UTICA) und Ahmed ben Tahar Galai, Vizepräsident der tunesischen Menschenrechtsliga (LTDH), auf der EWSA-Plenartagung

müssen, die sich dem Aufbau pluralistischer und partizipativer demokratischer Systeme verschreiben“.

Slim Ghorbel, Vorstandsmitglied des tunesischen Verbands der Industrie, des Handels und des Handwerks (UTICA), **Ahmed ben Tahar Galai**, Vizepräsident der tunesischen Menschenrechtsliga (LTDH) und **Kacem Afaya**, stellvertretender Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsdachverbands (UGTT), bekräftigten ihr Bekenntnis zu dem einzigartigen Partnerschaftsmodell zwischen Tunesien und Europa. Diese Partnerschaft,

die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit umfasst, müsse erhalten und gestärkt werden und auf der Zivilgesellschaft aufbauen. Sie sprachen vom Beginn eines neuen Zeitalters in Tunesien, in dem politisches Engagement nicht mehr auf den Machtgewinn und -erhalt abziele, sondern auf die Gewährleistung von Freiheit und den Aufbau von Demokratie. (cad)

Dilyana Slavova,
Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen (REX), würdigt die Arbeit des tunesischen Quartetts (S. 2).

EWSA fordert aktive Teilhabe der Verbraucher am Energemarkt und transparente Energiepreisgestaltung



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung am 20. Januar 2016 drei Stellungnahmen zu zusammenhängenden ENERGIE-Themen.

Um die ehrgeizigen klimapolitischen Ziele der EU zu erreichen, ist eine Umgestaltung des Energiemarkts mit besonderem Schwerpunkt auf erneuerbare Energien erforderlich. In seiner **Stellungnahme zur Umgestaltung des Energiemarkts (Berichtersteller: Lutz Ribbe, Gruppe Verschiedene Interessen)** urgiert der EWSA weiterreichende Maßnahmen der EU – die Energiepreisgestaltung muss transparenter werden und

die realen Erzeugungs- und externen Kosten abbilden; die Verbraucher müssen durch angemessene Informationen und geeignete Ressourcen befähigt werden, aktiv am Energiemarkt teilzunehmen; Marktzugangshemmnisse für die immer zahlreicheren Bürgerenergie- und Eigenversorgungsinitiativen müssen ausgeräumt werden.

Verbraucher als zentrale und proaktive Energiemarktteilnehmer stehen im Mittelpunkt der **EWSA-Stellungnahme zu verbesserten Möglichkeiten für die Energieverbraucher (Berichtersteller: Lutz Ribbe, Gruppe Verschiedene Interessen)**. Der EWSA stimmt der Kommission zwar darin zu, dass die Verbraucher in den Mittelpunkt der Energieunion gestellt werden müssen, betont jedoch, dass sie Zugang zu intelligenten Technologien, Informationen, Bildungsmaßnahmen und Finanzierung benötigen, um aktiv am Energiemarkt teilzunehmen. Die Verbraucher sollten durch die Möglichkeit einer unkomplizierten Anbieterwahl bzw. eines einfachen Anbieterwechsels die Freiheit haben, eigenverantwortlich im Energiesystem mitzuwirken.

Zu dem einschlägigen Kommissionsvorschlag hat der EWSA in seiner **Stellungnahme zur Festlegung eines Rahmens für die Energieeffizienzkenzeichnung (Berichtersteller: Emilio Fatovic, Gruppe Arbeitnehmer)** eine Reihe von Empfehlungen zur Gewährleistung einer wirksamen und einheitlichen europaweiten Energieeffizienzkenzeichnung unterbreitet. Die Produktmerkmale sollten wirklich mit den Angaben auf den Etiketten übereinstimmen, und im Verkauf befindliche Produkte sollten strenger kontrolliert werden. Zudem sollte ein einheitliches Sanktionssystem auf EU-Ebene eingeführt werden. Etiketten sollten auch mit weiteren für die Verbraucher wichtigen Informationen wie „Energieverbrauch während der Produktlebensdauer“ und „Mindestlebensdauer des Produkts“ versehen werden. Zum Schutz vor unlauterem Wettbewerb und der Fälschung von Etiketten sollte besonderes Augenmerk auf aus Drittstaaten eingeführte Produkte gelegt werden. (sg)



Offizieller Besuch des EWSA-Präsidenten in Bulgarien: Schwerpunkt auf zivilgesellschaftlichem und sozialem Dialog



Georges Dassis, EWSA-Präsident mit Prof. Lalko Duvelski, Präsident des bulgarischen Wirtschafts- und Sozialrates

Am 14. Januar begann der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) Georges Dassis seinen zweitägigen Besuch in Bulgarien. Seit seiner Wahl zum EWSA-Präsidenten im Oktober 2015 war dies sein erster offizieller Besuch auf Einladung eines Wirtschafts- und Sozialrates eines EU-Mitgliedstaates.

Während seines Besuchs in der bulgarischen Nationalversammlung wurde Georges Dassis von der Sprecherin Tsetska Tsacheva eine Ehrenplakette überreicht. Das Treffen drehte sich um die mögliche Veranstaltung eines europäischen Forums, um Lösungen für

die Probleme junger Menschen aufzuzeigen, die aus Südeuropa und Bulgarien in die nördlichen EU-Länder migrieren. Andere Themen waren Mechanismen zur Förderung der Chancen junger Menschen in ihren Heimatländern und zur Verbesserung der Bevölkerungspolitik der Mitgliedstaaten.

Bei dem Treffen erläuterte Georges Dassis den Vorschlag des EWSA für die Errichtung eines spezifischen europäischen Fonds, um die Armut in den weniger entwickelten Regionen Europa zu bewältigen. Der Präsident des bulgarischen Wirtschafts- und Sozialrates, Prof. Lalko Dulevski, würdigte die Verdienste des EWSA-Präsidenten für die Entwicklung einer organisierten Zivilgesellschaft in Bulgarien und überreichte ihm ein Ehrenabzeichen.

Am 15. Januar erörterte der EWSA-Präsident mögliche Maßnahmen der EU zur Armutsbekämpfung und nahm an einer Debatte mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten, Ivaylo Kalfin, über die Bevölkerungs- und Sozialpolitik teil. Außerdem besuchte er die Universität für nationale und internationale Wirtschaft (UNWE). Zu guter Letzt traf Georges Dassis mit den Vorsitzenden der bulgarischen Gewerkschaften und mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Plamen Dimitrov und Dimitar Manolov zusammen. (mm)

Abschluss der Reihe von elf Informationsreisen des EWSA in die Mitgliedstaaten für einen Überblick über den Umgang mit der Flüchtlings- und Migrationskrise

Am 25./26. Januar besuchte eine Delegation des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Bulgarien, um aus erster Hand Berichte zivilgesellschaftlicher Organisationen über ihre Erfahrungen im Umgang mit der Migrations- und Flüchtlingslage vor Ort zu hören. Dieser Besuch zählt zu den zwölf vom EWSA organisierten Informationsreisen – in elf Mitgliedstaaten und die Türkei –, die im Dezember 2015 mit einer Reise nach Österreich begannen und im Februar 2016 mit einer Reise in die Türkei abgeschlossen werden.

Der EWSA-Delegation nach Bulgarien gehörten folgende EWSA-Mitglieder an: **Evgeniy Ivanov, Veselin Mitov** und **Bogomil Nikolov**. Die Mitglieder trafen mit Vertretern von Behörden und NGO zusammen und besuchten zwei Aufnahmezentren in Sofia und Charmanli. Bei ihren Treffen mit NGO, Flüchtlingen, regionalen und nationalen Behörden und mit Freiwilligen erörterte die EWSA-Delegation die Herausforderungen für die verschiedenen Akteure. Im Mittelpunkt der Treffen stand die Ermittlung von Problemen und des spezifischen Bedarfs, aber auch Erfolge und bewährte Verfahren, die von den Organisationen angewandt werden, die die aktuelle Flüchtlingskrise unmittelbar zu bewältigen haben. Diese Informationen werden dazu



© Shutterstock-Janosy Gergely

beitragen, eine Zusammenfassung bewährter Verfahren und Maßnahmen zu erstellen, um so ein kohärentes Verfahren für die Aufnahme, die Umverteilung oder die Integration der Flüchtlinge zu entwickeln.

Der EWSA organisierte diese Reihe von Informationsreisen im Rahmen seines laufenden Going-Local-Programms, um sich ein Bild von der Arbeit der Organisationen der Zivilgesellschaft zu machen, die sich für Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge einsetzen. Er wird die Ergebnisse dieser Besuche zusammenstellen und auf seiner Plenartagung im März einen Gesamtbericht vorlegen. Die Schlussfolgerungen des Berichts werden den anderen EU-Institutionen und Interessenträgern übermittelt. (mm)

KURZ NOTIERT

Treffen der Präsidenten: Georges Dassis und Martin Schulz

Am 26. Januar vereinbarten die Präsidenten des EWSA und des Europäischen Parlaments bei einem Treffen, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen zu intensivieren. Insbesondere erörterten sie, wie sie gemeinsam die Werte und Errungenschaften der Europäischen Union – wie etwa die Freizügigkeit im Rahmen der Schengener Abkommen – wahren und sozialen Fortschritt in der EU fördern könnten. In Bezug auf Letzteres verständigten sie sich darauf, praktische Vorschläge für eine künftige europäische Säule sozialer Rechte aufzustellen: Der EWSA setzt sich schon lange für eine Debatte über ein Sozialprotokoll ein, das hohe Sozialstandards garantieren und sicherstellen würde, dass die europäischen Sozialsysteme verbessert werden.

Angesichts der Not der Flüchtlinge in Europa und der Lage der Migranten hob der EWSA ferner die führende Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor und kündigte an, dass er dem Europäischen Parlament bis März einen umfassenden Lagebericht vorlegen werde, der sich auf Informationen stütze, die EWSA-Mitglieder auf Informationsreisen in 11 EU-Länder und die Türkei (siehe Artikel auf S. 3) vor Ort gesammelt haben. (cad)



Neujahrsempfang im Palais Royal

Der König und die Königin der Belgier geben traditionsgemäß zu Jahresbeginn einen Empfang für die europäischen Institutionen in Brüssel und für die Leiter der Ständigen Vertretungen bei der Europäischen



Union. Dieses Jahr wurde der EWSA durch seinen Präsidenten Georges Dassis, Vizepräsident Michael Smyth, Generalsekretär Luis Planas und Dominique François Bareth, Protokollchef, vertreten. (ab)

Zugang zum Arbeitsmarkt – der einfachste Weg zur Integration

Gonçalo Lobo Xavier, für Kommunikation zuständiger Vizepräsident des EWSA, nahm am ersten „Europäischen Dialog über Kompetenzen und Migration“ am 27./28. Januar in Brüssel teil.

Zunächst erläuterte Herr Lobo Xavier die Rolle des EWSA bei der Untersuchung der Frage, was die Politik der EU für die Menschen bedeutet, wobei diese Frage auch das Schicksal der Flüchtlinge umfasst. In den für 2016 geplanten Stellungnahmen wird der EWSA seine Arbeit zur Integration von Flüchtlingen, zur kohärenten Arbeitsmigrationspolitik und zum Kommissionspaket für legale Zuwanderung fortsetzen.

„Am besten gelingt Integration über den Arbeitsmarkt, da er den Flüchtlingen nicht nur die Möglichkeit bietet, für sich selbst zu sorgen, sondern durch die Zusammenarbeit mit Europäern auch ein Gefühl für die europäische Kultur und Lebensweise zu bekommen“, so Vizepräsident Lobo Xavier.

„Your Europe, Your Say!“ Startschuss für die Jugendplenartagung 2016! 33 Schulen aus ganz Europa ausgewählt, um in Brüssel über die Migration zu diskutieren



Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat **33 weiterführende Schulen** aus ganz Europa ausgelost, die vom 17. bis 19. März 2016 in Brüssel an der diesjährigen Ausgabe der Jugendplenartagung *Your Europe Your Say!* teilnehmen werden. Je eine Schule aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und den fünf Kandidatenländern – zum ersten Mal sind Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei dabei – wurde aus über 400 Bewerbungen ausgewählt.

Gonçalo Lobo Xavier, der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, der die Auslosung mit seinen EWSA-Kollegen Renate Heinisch und Adam Rogalewski beaufsichtigte, sagte: „Wir erörtern in Brüssel grundlegend wichtige Themen, deren Auswirkungen die jungen Menschen noch jahrelang beschäftigen werden. Diese Initiative gibt künftigen Generationen die Chance, sich deutlich hörbar zu ihrer Zukunft zu äußern.“

Im Mittelpunkt der diesjährigen Ausgabe steht die **Migration**, eine der großen aktuellen Fragen für Europa, die für den EWSA auch weiterhin weit oben auf seiner Tagesordnung stehen wird. Jede Schule wird eine Delegation mit drei 16- bis 17-jährigen Schülerinnen und Schülern und einer Lehrkraft nach Brüssel entsenden, die vom **17. bis 19. März** an einer Jugendplenartagung teilnehmen werden, die parallel zu einer Plenartagung des EWSA stattfinden wird. In Brüssel werden die Schülerinnen und Schüler gemeinsam arbeiten, diskutieren und praktische Maßnahmen vorschlagen, die in Schulen und Jugendorganisationen durchgeführt werden könnten, um jungen Migrantinnen und Migranten effektiver zu helfen und auf die Bedeutung einer wirksamen Integration insbesondere von jüngeren Flüchtlingen aufmerksam zu machen.

Demnächst beginnt die erste Phase der Initiative *Your Europe, Your Say!*, wenn EWSA-Mitglieder die ausgewählten Schulen in ihrem jeweiligen Heimatland besuchen, um die Schülerinnen und Schüler bei der Vorbereitung für die Jugendplenartagung zu unterstützen und sie über die Arbeitsweise des EWSA, seine Tätigkeiten und seine Rolle im institutionellen Gefüge der EU zu informieren.

Über diese Initiative sorgt der EWSA als Vertretungsorgan der Zivilgesellschaft dafür, dass die Ansichten, Erfahrungen und Ideen der jüngeren Generation bei der Politikgestaltung der EU gehört und berücksichtigt werden. (dm)

Das andere Extrem bestehe derzeit darin, dass das Potenzial überqualifizierter Migranten ungenutzt bleibe, da sie aufgrund der fehlenden Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen als ungelernete Arbeitskräfte beschäftigt würden. Das Verfahren der Anerkennung müsse verbessert werden, unter anderem durch die Einbeziehung von Arbeitgebern.

Der Vizepräsident des EWSA betonte ferner die bedeutende Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) und in erster Linie der vielen nichtstaatlichen Organisationen, die den Migranten bereits beim Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Beschäftigung helfen und ihnen in den zahlreichen Herausforderungen des Alltags beratend zur Seite stehen. „Die Bürger und die Zivilgesellschaft tragen einen großen Teil der Last. Deshalb ist es wichtig, sie stets zu informieren, sie in die Entscheidungen einzubinden, auf ihren Rat zu hören und ihre Anliegen zu berücksichtigen“, stellte Gonçalo Lobo Xavier abschließend fest. (sma)

Kreislaufwirtschaft in die Tat umsetzen

Abfallberge und Umweltverschmutzung auf der einen Seite, schwindende Ressourcen und Rohstoffe auf der anderen Seite: Der Übergang von einer *Wegwerfgesellschaft* zu einer *Kreislaufwirtschaft*, in der aus Abfall erneut „Rohstoffe“ für die Wiederverwertungsindustrie werden, duldet keinen Aufschub mehr.

Nach der Rücknahme des früheren Maßnahmenpakets zur Kreislaufwirtschaft vom Juli 2014 legte die Europäische Kommission im Dezember letzten Jahres ein überarbeitetes

Maßnahmenbündel zur Förderung des Übergangs zur Kreislaufwirtschaft vor.

Dem EWSA liegt daran, dass diese Vorschläge sowohl der Umwelt als auch Wirtschaft und Beschäftigung zugutekommen. Deshalb erarbeitet der Ausschuss derzeit eine Stellungnahme zum gesamten Paket zur Kreislaufwirtschaft, die im April verabschiedet werden soll. Um sicherzustellen, dass sich darin die Standpunkte aller Akteure der europäischen Zivilgesellschaft wiederfinden, veranstaltete der EWSA am 28. Januar 2016 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Kreislaufwirtschaft in die Tat umsetzen“.

Die Zivilgesellschaft als innovative Kraft

Zweifelsohne ist die Kreislaufwirtschaft gut für Ressourcen und Umwelt. Gleichzeitig hat sie auch noch ein großes Beschäftigungspotenzial – nicht nur im Dienstleistungssektor (Reparatur), sondern auch in der Verwertung von Abfällen und in der ökologisch ausgerichteten Güterproduktion werden neue Arbeitsplätze entstehen. Forschung und Innovation stehen vor der zentralen Aufgabe, wie aus Gütern, die das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben, neuwertige Ressourcen entstehen können.

In der Zivilgesellschaft hat sich bereits die Erkenntnis durchgesetzt, dass das derzeitige Wirtschaftsmodell ohne Änderungen immer mehr Probleme verursachen wird. In vielen europäischen Mitgliedstaaten und Regionen ist die stoffliche Verwertung von Abfällen bereits ein wichtiger Wirtschaftszweig. In einigen Regionen, z.B. im Baskenland, wurde bereits begonnen, Produkte nachhaltig zu gestalten: Kleine baskische Unternehmen haben sich zusammengeschlossen, um ein baskisches „Ökodesign-Zentrum“ zu schaffen und mit Unterstützung der Regierung innovative Projekte im Bereich ökologischer Produktgestaltung zu konzipieren und umzusetzen – mit großem finanziellen Erfolg und vielen neuen Arbeitsplätzen.

„Wieder-“ ist wieder da: Wiederverwendung, Wiederherstellung, Wiederaufbereitung

Der Übergang zur Kreislaufwirtschaft erfordert neben Informationen, Anreizen und Regulierungsmaßnahmen auch Vorgaben für Ökodesign, Standardisierung der Umweltkennzeichen, Rückverfolgbarkeit (z.B. durch die Einführung von Produktpässen) und neue Verbrauchergarantien. Wir müssen die Kultur der „Wiederverwertung, Wiederherstellung und Wiederaufbereitung“ neu beleben. (sma) ●

© shutterstock-jeppier



Das Vereinigte Königreich in der EU – was geht mich das an?

Die Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA (Vorsitzender: Luca Jahier) veranstaltet am Dienstag, den 8. März, in Manchester eine Konferenz über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs („*The UK in the EU: What Matters to You?*“ – „*Das Vereinigte Königreich in der EU – was geht mich das an?*“).

Die weitere Mitgliedschaft und die Rolle des Vereinigten Königreichs in der EU gehören sicherlich zu den wichtigsten politischen Themen, die in den kommenden Monaten sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene zu erörtern sein werden. Mit dem im Dezember 2015 gefassten Beschluss der EU-Mitgliedstaaten, „eng zusammenzuarbeiten, um auf der Tagung des

Europäischen Rates am 18./19. Februar 2016 für alle Seiten zufriedenstellende Lösungen in allen vier Bereichen zu finden“, wurde der Zeitdruck erhöht und das Thema unmittelbar in den öffentlichen Raum gestellt. Die überall im Vereinigten Königreich entstehenden Bürgerbewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen für oder gegen eine EU-Mitgliedschaft sind hervorragende Beispiele für den aktiven Bürgersinn, den der EWSA seit Jahrzehnten nachdrücklich unterstützt.

Vor diesem Hintergrund hat die Gruppe Verschiedene Interessen beschlossen, eine zivilgesellschaftliche Veranstaltung in Manchester, Vereinigtes Königreich, zu organisieren. Ziele der Konferenz sind u.a.,

- mit der britischen Zivilgesellschaft und britischen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten, ihnen zuzuhören und ihre Sichtweisen zu erfahren;
- ein Forum zu bieten, in dem örtliche Organisationen der Zivilgesellschaft, Bürger, Medien sowie wirtschaftliche, soziale und politische Akteure zusammenkommen und offen über die Vor- und Nachteile eines Verbleibs in der EU diskutieren können;
- zu zeigen, dass der EWSA und die europäische Zivilgesellschaft die Bedeutung des Themas begreifen und dass der Ausgang des Referendums im Vereinigten Königreich unmittelbare Auswirkungen sowohl für das Vereinigte Königreich selbst als auch für die anderen EU-Mitgliedstaaten haben wird. (cl) ●

© Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in der Republik Polen



Während der laufenden TTIP-Verhandlungen verstärken sowohl die EU als auch die USA nachdrücklich ihre Anstrengungen, um ihre jeweiligen Bürgerinnen und Bürger über die Ziele des Abkommens und die Verhandlungsfortschritte zu informieren. Vertreter der Zivilgesellschaft leisten dazu einen aktiven Beitrag. Am 25. Januar legte der US-Handelsbeauftragte Michael Froman

Die TTIP in Polen vermitteln

in Warschau ausführlich die Herausforderungen und Chancen des Abkommens dar. Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber und EWSA-Berichtersteller für die TTIP, nahm an der Podiumsdiskussion teil, die im Rahmen des Besuchs von Michael Froman von der Universität Warschau veranstaltet wurde.

Herr Krawczyk erläuterte die Arbeiten des EWSA in Bezug auf die TTIP. Er betonte, was bereits in der ersten Stellungnahme des Ausschusses zur TTIP gesagt wurde, nämlich dass nur ein umfassendes und ehrgeiziges Abkommen die erhofften Ergebnisse liefern kann. Eine „TTIP light“ ist seiner Ansicht nach keine Option. Er unterstrich die Bedeutung des

transatlantischen Dialogs für die einzelnen Mitgliedstaaten wie auch für die EU als Ganzes. Die TTIP biete die Gelegenheit, den transatlantischen Dialog zu festigen und zu erneuern. Angesichts der Unterzeichnung des Abkommens über die transpazifische Partnerschaft (TPP) sei es umso wichtiger, ein ehrgeiziges und umfassendes transatlantisches Abkommen auf den Weg zu bringen.

Herr Krawczyk begrüßte die Bemühungen von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit dem Ziel, der Öffentlichkeit das TTIP-Abkommen zu erklären und die Transparenz des Verhandlungsprozesses zu erhöhen. (lj) ●

Geplante Obsoleszenz erneut im Blickpunkt des EWSA

Der EWSA beschäftigte sich als eine der ersten EU-Institutionen mit der Frage der geplanten Obsoleszenz in einer eigens zu diesem Thema erarbeiteten Initiativstellungnahme. Daran schloss sich von 2013 bis 2015 ein umfassendes Programm zur geplanten Obsoleszenz wie auch zum gemeinschaftlichen Konsum an (weitere Informationen finden Sie in der EWSA-Broschüre *Europa gestalten, Ausgabe 2015*, S. 26/27). Darüber hinaus hat der EWSA die Agentur Sircome, die Universität Südbritannien und die Universität Südböhmen mit der Erarbeitung einer Studie zum Thema *Wie beeinflussen Informationen über die Lebensdauer den Verbraucher?* beauftragt. Die Veröffentlichung der Studie ist für Anfang März vorgesehen. (dm) ●

NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN

Medienseminar der Zivilgesellschaft zum Thema Die europäische Entwicklungspolitik vermitteln

Zu dem EWSA-Medienseminar der Zivilgesellschaft 2015, das Ende November in Luxemburg stattfand, gab es erneut sehr positive Rückmeldungen von den Teilnehmern – sie waren zu fast 100% mit dem Thema, den Rednern und der Organisation insgesamt zufrieden.

Eine Broschüre mit den Ergebnissen der drei Diskussionsrunden und den wichtigsten Schlussfolgerungen wird über das Internetportal des EWSA abrufbar sein.

● Ein neues Bild der Entwicklungspolitik zeichnen

Bei Entwicklungshilfe geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern um eine Investition in die Zukunft sowohl der Entwicklungs- als auch der Industrieländer. Dementsprechend muss die Kommunikation über die Entwicklungspolitik sich ändern und sich dem aktuellen Bedarf anpassen.

● Entwicklung konsequent als Querschnittsthema behandeln

Die Themenbereiche Migration und Klimawandel weisen Schnittmengen mit der Entwicklungspolitik auf. Bei der Kommunikation in Bezug auf Entwicklungspolitik muss der breitere Kontext berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Flüchtlingskrise bietet es sich an, die Bedeutung der Unterstützung von Entwicklungsländern hervorzuheben.

● Den Journalisten die verschiedenen Aspekte der Entwicklungspolitik nahebringen

Die Berichterstattung über Entwicklungspolitik darf sich nicht ausschließlich um Hilfe drehen, sondern muss die Probleme aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Hierdurch können die Journalisten ihre Leser- und Zuhörerschaft informieren und inspirieren sowie einen Beitrag zum Verständnis umfassenderer Probleme leisten.

● Den Menschen in den Mittelpunkt stellen

Aus dem Leben gegriffene Geschichten, Interaktivität, die Betonung positiver Nachrichten und Inhalte aus lokalen Quellen eignen sich besonders gut für die Kommunikation über Entwicklungspolitik.

● Die EU-Organe sollten ein offenes Ohr für die Zivilgesellschaft haben

Die Idee zu einem Europäischen Jahr für Entwicklung kam ursprünglich von der Zivilgesellschaft und dem EWSA: Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass die EU-Organe der Zivilgesellschaft zuhören, und wie der EWSA dabei helfen kann, die Themen zu finden, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger beschäftigen und auf die sie sich einlassen, wenn sie angemessen vermittelt werden.

● Die Kommunikationsmöglichkeiten und -ressourcen optimal nutzen

Einfache Leute haben in der Kommunikation über Entwicklungspolitik durchaus ihren Platz. Sie können ihre eigene Geschichte viel besser erzählen, als es eine Werbefirma je tun könnte – und sie verlangen hierfür keine Bezahlung!

● Kommunikation „entbrüsseln“ – Geschichten, Bilder und Zahlen verwenden

Kommunikation „entbrüsseln“ heißt auch, statt „EU-Jargon“ lebensnahe Sprache, Bilder und Geschichten zu verwenden. Bilder und Geschichten sind wichtige Sensibilisierungsinstrumente. (sma) ●



EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

Februar 2016 / 2

Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)
Daniela Marangoni (Redakteurin)

Beiträge zu dieser

Ausgabe von:

Alice Tétu (at)
Caroline Alibert-Deprez (cad)
Chloé Lahousse (cl)
Daniela Marangoni (dm)
Leszek Jarosz (lj)
Milen Minchev (mm)
Siana Glouharova (sg)
Sylvia M. Aumair (sma)

Coordination:

Agata Berdys (ab)

Redaktionsschluss:

1. Februar 2016

Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques-Delors-Gebäude,
Rue Belliard/Belliardstraat 99,
B-1040 Brüssel, Belgien
Tel.: (+32 2) 546 94 76
Fax: (+32 2) 546 97 64
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.

Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:

URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 6 500 Exemplare

Nächste Ausgabe: März 2016

GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER



Amt für Veröffentlichungen